

Wolfgang Kraushaar ist Spezialist für die Geschichte des Linksterrorismus in Deutschland, jetzt hat er ein Buch darüber geschrieben, wie Rechtspopulisten und Rechtsradikale die Demokratie aushöhlen: „Das beste Mittel ist zu zeigen, dass die Rechten mit Widerstand rechnen müssen.“



„Mut zur Intoleranz“

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar sagt, wir müssen die Demokratie besser schützen, vor allem vor den Rechten.

Am vergangenen Wochenende war Wolfgang Kraushaar, 75, im Kloster. Bei den „Marienberger Klausurgesprächen“ hielt der Politikwissenschaftler aus Hamburg einen Vortrag zum Thema „Keine falsche Toleranz – warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss“. Das Thema der Klosterrunde: „Bedrohte Demokratie. Wie wir schützen, was wir schätzen.“

Warum die Demokratie gefährdet ist und wer sie gefährdet, hat Kraushaar in seinem Buch „Keine falsche Toleranz“ (Europäische Verlagsanstalt 2022, 600 Seiten, 37,40 Euro) dargelegt. Jetzt erscheint von ihm ein Buch über den Nahost-Konflikt, es „handelt von der Schwierigkeit, sich Israel gegenüber solidarisch zu zeigen“.

Kraushaar arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung und ist Spezialist für die Geschichte der 68er-Bewegung und für die Geschichte der RAF und des Linksterrorismus. Er sagt: „Wir dürfen nicht zuschauen, wie die Demokratie untergraben wird.“

ff: Ihr Buch, das vor zwei Jahren erschienen ist, trägt den Titel: „Keine falsche Toleranz. Warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss.“ Was besorgt Sie?

Wolfgang Kraushaar: Wir haben in Deutschland während der Corona-Pandemie eine Welle an Großdemonstrationen erlebt – von denen aus heutiger Sicht am meisten die AfD profitiert hat. Die beiden größten Demonstrationen fanden zu Beginn der Pandemie 2020 statt, bei der zweiten gab es den Versuch, das Parlament zu erstürmen. Dieser Versuch, vor allem von Reichsbürgern vorgetragen, wurde durch drei Polizisten gestoppt. Aber die Idee, das Parlament zu stürmen, blieb virulent.

Was ist passiert?

Im Dezember 2022, mein Buch war zwei Wochen zuvor erschienen, gab es

eine Großrazzia gegen die Reichsbürger, bei der 55 Personen verhaftet wurden. Sie hatten einen Putsch geplant. Man wollte etwa Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach entführen, damit die Bundesregierung erpressen und so einen Sturz der Bundesregierung herbeiführen.

Sie haben daraus geschlossen, der Staat muss sich besser wappnen?

Was mich wirklich beunruhigt hat, war der Versuch, den Reichstag zu erstürmen, insbesondere angesichts der parallelen Erstürmung des Capitols durch Trump-Anhänger im Januar 2021.

Hinter meiner Sorge steht das Trauma von der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933, die damals legal an die Macht gekommen sind und im Handumdrehen die Demokratie abgeschafft haben. Eine solche Doppelbödigkeit, also legal an die Macht zu kommen und dann die Demokratie auszuhöhlen, kann man auch in der Politik der AfD nachweisen.

Im Buch zitieren Sie den deutschen Staatsrechtler Carlo Schmid und seinen Satz vom „Mut zur Intoleranz“.

Er hat mich auf den Titel des Buches gebracht. Carlo Schmid war maßgeblich am Grundgesetz, der deutschen Verfassung, beteiligt. Von ihm gibt es eine grundlegende Rede aus dem Jahr 1948. Da hat er gefordert, selbst in einer liberalen Demokratie müsse man den „Mut zur Intoleranz“ aufbringen. Um denjenigen nicht auf den Leim zu gehen, die versuchen, den Parlamentarismus mit legalen Mitteln abzuschaffen. Wir erleben jetzt wieder die Gefährdung der Demokratie durch Kräfte, die sich im Feld zwischen der AfD als ihrem politischen Arm und den rechtsterroristischen

Reichsbürgern bündeln. Das macht die Lage so gefährlich.

Der Titel suggeriert, dass es eine falsche und eine richtige Toleranz gibt. Ist Toleranz nicht einfach Toleranz?

Es gibt eine „falsche Toleranz“, die man auch mit Duldung übersetzen könnte. Es hat mit der Neigung zu tun, eine drohende Gefahr nicht erkennen zu wollen. Ein Beispiel dafür ist das Verhältnis zu Putins Russland. Über Jahre hat die deutsche Politik sich blenden lassen, auch nach der Annexion der Krim vor zehn Jahren.

Was wäre dann richtige Toleranz?

Eine angemessene Toleranz besteht darin, die Werte von Freiheit und Pluralismus zu verteidigen. Aber man kann die wahre Toleranz nur dann retten, wenn man bereit ist, die „falsche“, die alles duldet, zu bekämpfen. Das Problem in Deutschland vor der Machtergreifung der Nazis bestand ja darin, dass man

blind war gegenüber der Legalität, mit der die Nazis die Demokratie abgeschafft haben. Man hätte es sehen können, aber man hat die Augen verschlossen und gemeint, das vergeht schon wieder.

Schauen wir zu wenig auf die Demokratie?

Wir verzeichnen ein Anwachsen des Rechtspopulismus in ganz Europa. Es gibt einen Prozess der Ernüchterung durch die Ausbreitung von rechtspopulistischen und zum Teil rechtsextremen Strömungen, die es mitunter bis in Regierungsbündnisse hinein geschafft haben. In Deutschland ist das an das Trauma der Machtergreifung der Nationalsozialisten gekoppelt, es gibt also eine

„Falsche Toleranz könnte man auch mit Duldung übersetzen. Es gibt eine Neigung, Gefahren nicht sehen zu wollen.“

lebhaftes Debatte darüber, wie man den Feinden der Demokratie das Handwerk legen kann. Seit Beginn dieses Jahres erleben wir in Deutschland eine Demonstrationswelle, ausgelöst durch Recherchen von *Correctiv* über den Auftritt von Martin Sellner, den Gründer der „Identitären Bewegung“ in Potsdam.

Bei dem Treffen waren Pläne diskutiert worden, wie man Nichtdeutsche, ethnisch betrachtet, am schnellsten außer Landes schaffen kann ...

Die „Remigration“, die bei diesem Treffen diskutiert wurde, ist in Wirklichkeit ein Tarnwort für Deportation. Das hat die Zivilgesellschaft aufgerüttelt, vier Millionen sind dagegen seit Januar auf die Straße gegangen, das ist die größte Protestbewegung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Ich sehe dabei allerdings auch ein Problem – die Forderung nach einem umstandslosen Verbot der AfD.

Warum?

Die Erwartung, man könne ein Verbot der AfD erreichen, und das schnell, ist trügerisch. Es ist kaum umsetzbar und es könnte dazu führen, dass die AfD vor dem Verfassungsgericht davonkommt und so als Partei anerkannt wird, die den Rechtsstaat respektiert. Von ihrer Programmatik her lässt sich der AfD kaum nachweisen, dass sie verfassungsfeindlich ist. Und ihr die Doppelbödigkeit in Bezug auf die Verfassung nachzuweisen, ist nicht ganz einfach. Das Grundgesetz stellt das Instrument des Parteiverbots zur Verfügung, im Sinne einer „wehrhaften Demokratie“, aber es ist umstritten, ob man von diesem Instrument Gebrauch machen soll.

Sie zitieren in Ihrem Buch auch den Staatsrechtler Hans Kelsen, der sagt, eine Demokratie müsse auch ihre Feinde an ihrem Busen nähren, sonst verliere sie sich selbst. Ist das so?

Den Satz empfinde ich als trügerisch. Wir dürfen die Feinde der Demokratie nicht ungehindert voranschreiten lassen. Das Problem ist, dass die AfD in den neuen Bundesländern wie Sachsen oder Thüringen bei 35 Prozent liegt, auch wenn sie inzwischen bundesweit auf 18 Prozent abgesunken ist. Sie wird in diesen Bundesländern die stärkste Partei bei den kommenden Landtagswahlen werden. Aber es gibt jetzt einen Joker in der Parteienlandschaft.

BSW, das Bündnis Sahra Wagenknecht.

Numerisch wäre im September sogar eine Regierungskoalition von AfD und BSW möglich. Eine Querfront von Rechts- und Linkspopulismus, mit einer offenen Flanke gegenüber Putins Russland. Beide pflegen intensive Beziehungen zum russischen Regime. Für Wagenknecht liegt der Grund für Putins Überfall in der Expansion der Nato, sie hat eine völlig verstellte Perspektive



Wolfgang Kraushaar hat eine klare Botschaft. Er sagt: „Wir dürfen die Feinde der Demokratie nicht ungehindert voranschreiten lassen.“

auf diesen Konflikt. Die Folge einer geschwächten Ukraine wäre eine Flut von Flüchtlingen und Russland an den Grenzen der Nato.

Müssen wir als Demokraten nicht einfach ertragen, was die Rechten sagen? Es gibt ja nur das Wort, um sie zu bekämpfen.

In Deutschland gibt es rechtlich fixierte Rahmenbedingungen, wenn sie verletzt werden, kann man Sanktionen verhängen. Aber es gibt ein grundsätzliches Problem: Es ist kaum möglich, mit der AfD und deren Exponenten eine Debatte über problematische Positionen zu führen. Sie versucht überall, die Kommunikation zu blockieren und so das „parlare“, die gewaltfreie Diskussion als zentrale Grundlage des Parlamentarismus, auszuhebeln. Die Rechtspopulisten versuchen stattdessen, die anderen politischen Kräfte zu diskreditieren, sie akzeptieren sie nicht als Kooperationspartner. Exponenten und Anhänger der AfD vermeiden es, in eine öffentliche Debatte einzutreten. Damit wird die Öffentlichkeit als Raum zur Gestaltung der Politik tendenziell zerstört.

Rechtspopulisten, die AfD oder auch die Fratelli d'Italia, die Lega oder die FPÖ leben in einer eigenen Welt?

Mit eigenen Informationskanälen und mit eigenen Netzwerken. Bei den Europawahlen im Juni wird die Rechte wohl einen weiteren Zuwachs verzeichnen. Ihre Logik ist es, die Europäische Union von innen heraus zu zersetzen; diese destruktiven Kräfte waren in den vergangenen Jahren schon am Werk und werden noch stärker werden. Es ist also eine weitere Desintegration Europas zu befürchten, vor allem, wenn in Frankreich Marine Le Pen an die Macht kommen sollte. Noch schwieriger für Europa wäre aber wohl die erneute Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten im November. Europa könnte in eine schwere Krise geraten, wenn die USA die Nato und den Kampf der Ukraine gegen Russland nicht mehr finanzieren. Das macht mir die größte Sorge. Denn dass die AfD an die Macht kommt, bundesweit, halte ich erst einmal für ausgeschlossen.

Was heißt das für die Demokratie, wenn Dialog nicht mehr möglich ist?

Dass die Demokratie beschädigt ist.

Warum hat die Demokratie bei vielen Menschen so einen schlechten Ruf, wünschen sich viele Menschen eine starke Figur an der Spitze des Staates?

Diese Frage legt eine psychologische Antwort nahe – aber ich bin misstrauisch gegenüber psychologischen Interpretationen, die sich auf Kollektive beziehen. Das zentrale Problem, mit dem wir es zu tun haben, hat der liberale Vordenker Ralf Dahrendorf bereits Ende der Neunzigerjahre klar erkannt. Er hat für das 21. Jahrhundert einen Durchmarsch des Autoritarismus prognostiziert, als Folge einer neuen Konstellation. Auf der einen Seite, so Dahrendorf, werde sich die Politik globalisieren, unter dem Diktat von neoliberalen Imperativen in der Wirtschaft. Diese Globalisierung führe zu einer Defragmentierung von großen Teilen der Gesellschaft, in denen der Ruf nach autoritativen Führungsfiguren immer lauter werde. Was das heißt, haben wir bereits mit Trump in den USA erlebt, mit Bolsonaro in Brasilien und anderen mehr.

Ja, aber womit hat das zu tun?

Mit dem Diktat einer neoliberalen Ökonomie, der Auslagerung von großen Bereichen der Wirtschaft in Billiglohn-Länder und der damit einhergehenden Schwächung von Kernbereichen der eigenen Gesellschaft. Ähnliches ist übrigens auch mit der Ex-DDR passiert, mit ihrer Deindustrialisierung durch die Treuhänder.

Wir haben jetzt viel über die Rechte geredet, wie soll man sie nun bezeichnen: populistisch, extrem, radikal, neofaschistisch?

Rechtspopulismus ist ein Begriff mit vielen Facetten. Ich plädiere dafür, den Begriff des Extremismus durch den des Radikalismus zu ersetzen. Ich halte es auch für falsch, die AfD durchwegs als

rechtsextrem zu bezeichnen, sie ist eine Partei, die einen Bogen schlägt vom Rechtspopulismus zum Rechtsradikalismus. Extremismus ist jedoch eine statische Kategorie, die auf die Ränder der Gesellschaft fixiert ist. Heute aber kommen die demokratiefeindlichen Kräfte vornehmlich aus der Mitte der Gesellschaft. Diese Dynamik lässt sich durch den Begriff des Radikalismus sehr viel besser erfassen, man spricht ja auch von Radikalisierung und nicht von „Extremisierung“.

Der Begriff zwingt uns aber auch dazu zu überprüfen, was an einer radikalen Position legitim sein könnte.

„Meine größte Sorge ist nicht die AfD, sondern dass Donald Trump wieder US-Präsident wird.“

Was kennzeichnet nun die radikale Rechte in Europa?

Die Verschlingung der politischen Prozesse, die Ausrichtung an Führungsfiguren, ein starker Hang zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, der

gezielte Tabubruch, der Versuch, die Grenzen des Sagbaren zu verschieben. Es ist offenkundig, dass es in ganz Europa eine Gegenreaktion gegenüber den klassischen Parteien gibt.

Wir haben in Italien schon seit zwei Jahren eine rechte Regierung aus Fratelli d'Italia, Lega und Forza Italia. Die Demokratie gibt es noch, was soll's?

Das halte ich für fatalistisch. Allerdings bin ich über Ministerpräsidentin Giorgia Meloni einigermaßen überrascht, dass sie als der verlängerte Arm einer neofaschistischen Partei so agiert, wie sie agiert. Am meisten überrascht mich ihre Unterstützung für die Ukraine. Es wäre verheerend, würde Italien in dieser Hinsicht ausweichen. Andererseits stelle ich aber auch fest, dass es bei Meloni immer noch diese tief sitzenden Traditionsreflexe gibt, etwa die ständige Betonung der Nation oder der traditionellen Familie.

Was tun, um die Demokratie stärken?

Das beste Mittel ist, die Widerstandskräfte in der Gesellschaft zu mobilisieren, zu zeigen, dass die Rechten mit Widerstand rechnen müssen. ■

Interview: Georg Mair